

Medienmitteilung

Petition "SO nicht!" – 2622 rote Karten für den Regierungsrat

Solothurn, 30. Januar 2024 – Die Lohnverhandlungen über den Teuerungsausgleich für das Kantonspersonal, die Lehrerschaft der kantonalen Schulen und der Volksschulen sowie die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG sind im vergangenen Jahr gescheitert. Nicht nur bei den Personalverbänden stiess das ungenügende Angebot der Regierung und die nicht durchgeführte Mediation auf Unverständnis. 2622 Mitarbeitende haben ihren Unmut geäußert und die Petition "SO nicht!" *Die rote Karte für den Regierungsrat* unterzeichnet.

Der Regierungsrat hat am 5. Dezember 2023 für das Jahr 2024 einen Teuerungsausgleich von lediglich 2% gewährt. Dies, obwohl die für das Kantonspersonal, die Lehrerschaft der kantonalen Schulen und der Volksschulen sowie die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG relevante mittlere Jahresteuern 3,0666% betrug, der Kanton in den letzten Jahren ein Eigenkapital von rund 700 Millionen Franken aufbauen konnte und auch der Arbeitskräftemangel beim Kanton massiv spürbar ist. Zudem lag bereits die im Jahr 2022 ausgeglichene mittlere Jahresteuern von 1.5% (effektiv 1.5769%) unter der Punkt-zu-Punkt-Teuerung, welche im gleichen Zeitraum 2.9488% betrug.

Der Entscheid des Regierungsrates über den nicht gewährten vollen Teuerungsausgleich und die nicht durchgeführte Mediation stiess auch bei den Mitarbeitenden auf Unverständnis.

In rund einem Monat haben 2622 Mitarbeitende, was einem erheblichen Teil des Personalbestandes des Kantons (inkl. Volksschulen und Mitarbeitende der Solothurner Spitäler AG) entspricht, die Petition "*SO nicht!*" *Die rote Karte für den Regierungsrat.* unterzeichnet, ihren Unmut geäußert und damit ein klares Zeichen gesetzt.

Weitere Auskünfte

Mirco Müller, Präsident Staatspersonal-Verband, 079 815 80 66

Übergabe

Die Unterschriften werden Regierungsrat, Peter Hodel, am Dienstag, 30. Januar 2024, um 16:45 Uhr, übergeben.